

# Ministerium für Energie gefordert

Opposition und Wirtschaft  
für Kompetenz-Bündelung

Von Steven Geyer

So etwas muss Chefsache sein“, bringt der einzige grüne Chef einer Landesregierung, Winfried Kretschmann in Stuttgart, seine Kritik an der verschleppten Energiewende auf den Punkt. Der Bundeskanzlerin, die er für ihren Entschluss zum Atomausstieg noch gelobt hatte, fehle es an Entschlossenheit für den Umstieg.

„Der FDP ist es damit nie wirklich ernst gewesen“, sagte Kretschmann der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Wenn Merkel nicht „allmählich in die Puschen“ komme, „bekommen wir ernste Zeitprobleme“. Es fehle am Netzausbau, an Regelenergie, an Speicherkapazitäten. Zur Beschleunigung schlägt er vor, ein Ministerium zu schaffen, in dem alle energiepolitische Verantwortung gebündelt wird.

Das fordert auch die SPD. „Wir brauchen eine Bündelung der Energie-Kompetenzen – am besten in einem Ministerium, zumindest aber in einer Projektgruppe“, sagte Fraktionsvize und Umweltexperte Ulrich Kelber der Frankfurter Rundschau. „Das Stop-and-Go zwischen Rösler und Röttgen zerstört ein Industrieland wie Deutschland.“

Bislang sind die Zuständigkeiten verteilt auf Bundesumwelt- und -wirtschaftsministerium sowie die Länder. Auch Kretsch-

mann bemängelt, dass FDP-Wirtschaftsminister Rösler und CDU-Umweltminister Röttgen einander lahmlegen. Rösler bremse Röttgens nach Engagement wegen der „ideologiebesetzten FDP-Attitüde, die Wirtschaft vor Regulierung zu schützen“, klagt der Ministerpräsident. „Solch eine gewaltige Aufgabe in der kurzen Zeit zu stemmen, ist unmöglich, wenn man die normalen Ressortegoismen nicht überwindet.“

Vor Kretschmann hatte bereits die Wirtschaft eine Forcierung der Energiewende angemahnt. So schlug der Industrieverband BDI ein „Kontrollzentrum“ für den Umbau der Stromversorgung vor. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag forderte in einem Zehn-Punkte-Papier, „die Fäden der zahlreichen Einzelmaßnahmen der Energiewende in einer Hand zusammenlaufen zu lassen“. Der Naturschutzring, Dachverband der deutschen Umweltschutzverbände, warf Ende voriger Woche den Energiekonzernen eine Blockadehaltung und der Regierung politisches Versagen vor.

Rösler wies die Kritik bereits zurück. „Unsere energiepolitischen Ziele sind ambitioniert, insbesondere für ein Industrieland wie Deutschland“, sagte er. Erfolgsmeldungen im Wochenrhythmus seien möglich.